

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und der Arbeiterschaft in der Mehl und Zucker verarbeitenden Industrie

Monatsabonnement 70 M Grundpreis (ohne Bestellgeld) mal Buchhandelschlüsselzahl
Inserate werden bis auf weiteres nicht angenommen

Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantes, Hamburg, Wefenbinderhof 57
Verlag: Jof. Diermeier, Hamburg
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer & Co., Hamburg

Erscheint wöchentlich jeden Dienstag
Redaktionschluss Sonnabend morgen
Tel.-Nr.: Bäckerverband Hamburg, Wefenbinderhof 57

Weitere Einschränkung der „Deutschen Bäcker- u. Konditoren-Zeitung“ mußte der Verbandsvorstand beschließen. Die Auflage mußte um die Hälfte gekürzt werden, so daß nunmehr nicht jedes Mitglied eine Zeitung erhalten kann. Für die allein beschäftigten Mitglieder in den Bäckereien und Konditoreien wird wie in der selbsterhaltenen Weise die Zeitungsbelieferung erfolgen. In allen übrigen Betrieben kann nur mehr die Hälfte der bisher gelieferten Exemplare abgegeben werden. Durch die Verbandsvertrauensleute und Betriebsräte muß Vorfrage getroffen werden, daß je zwei Mitglieder eine Zeitung erhalten. Gelesene Zeitungen dürfen unter keinen Umständen vernichtet werden, sie sind vielmehr an die Unorganisierten weiterzugeben.

Revolution der Kapitalisten.

Die Liquidationsregierung des Ruhrabenteurers zerbrach bei dem Vorstoß der Reaktion in der ersten Oktoberwoche in Scherben. Sie erfuhr das Schicksal der ersten demokratischen Regierung bei dem Zusammenbruch der militärischen Macht in den Novembertagen 1918. Wiederum dieselben Vorgänge. Sobald den Kapitalisten die staatliche Futterkrippe entzogen wird, herrscht Revolutionsstimmung in diesen Kreisen.

Die Forderungen der Schwererbdieners gipfelten in der Unversöhnlichkeit: Erweiterung der Koalition auf die Deutschen, Neubesehung des Finanzministerpostens, Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages und Außerkräftigung der sozialen Gesetze, wie Demobilisierungsvorordnung, Betriebsrätegesetz, Erwerbslosenfürsorge usw. In den Arbeiterkreisen wurde allgemein ermartet, daß der Unversöhnlichkeit der Kapitalisten mit gebührender Schärfe entgegenzutreten würde. Nichts davon war zu merken. Die sozialdemokratische Fraktion wies mit nur 61 gegen 54 Stimmen, einer sehr schwachen Mehrheit, die Provokation zurück. Nach langem Handeln und Schachern wurde die Einigung durch folgende Formel mit den bürgerlichen Parteien über die Arbeitszeitfrage erreicht:

Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter restloser Ausnutzung der technischen Errungenschaften sowie organisatorischer Verbesserungen unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuregelung der Arbeitszeitgesetze unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit nicht zu umgehen sein. Dabei ist auch die Möglichkeit der tariflichen oder gesetzlichen Ueber-schreitung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung der Produktion vorzuziehen. Für die öffentlichen Verwaltungen finden ähnliche Grundzüge Anwendung.

Freilich wurde erreicht, daß die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz wie auch die Einschränkung der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentenempfänger fernblieb; dennoch bleibt die beschämende Tatsache für die Arbeiterschaft bestehen, daß in der sozialdemokratischen Fraktion 54 Vertreter den Wirtschaftsdiktatoren entgegenstehen. Wenn über diese Tatsache in Gewerkschaftskreisen große Empörung entstand, so ist das nur berechtigt. Auch die Einigungsformel rückt weit ab von einer grundsätzlichen Festhaltung des Achtstundentages, wenn anerkannt wird, die Steigerung der Produktion sei durch die Neuregelung der Arbeitszeit nicht zu umgehen. Und diese tiefstimmige Weisheit hören wir in der Zeit, wo Betriebsstilllegungen durch Sabotage der Unternehmer einen erschreckend großen Umfang angenommen haben, Arbeitslosigkeit und Hungerarbeit Millionen Menschen nicht mehr die nackte Existenz bieten.

Auf der Plattform der Preisgabe des Achtstundentages wurde die große Koalition wieder zusammengeleimt. Ihr wird keine lange Lebensfrist beschieden sein. Die prinzipiellen Meinungsdivergenzen innerhalb der Regierungsparteien bestehen weiter. Wenn auch die Schwererbdieners ein Stimmes bei ihrem Vorstoß nicht einen vollen Sieg erkämpften, so können sie immerhin mit dem Erreichten recht zufrieden sein. Es ist ihnen gelungen, ihre größten Widersacher, den Finanz- und den Reichswirtschaftsminister, auszuscheiden. Die Hilferdingische Finanzpolitik machte wirklich Ernst mit der Erfassung der Sachverhalte; die leistungsfähigen Kreise wurden für den Tribut an den Staat jähres herangezogen. Wenn die Bauwirtschaft des Vorgängers nicht so riesengroß gewesen wäre, würde sich in den wenigen Wochen zweifellos eine Besserung bemerkbar gemacht haben. Das durfte nicht eintreten, weil es gleichbedeutend wäre mit der Schädigung der Mutzinger und Volksausbeuter.

In den Tagen der Reichsregierungsstürze vollzog sich ein für die Arbeiterschaft hochbedeutendes Ereignis: die Verständigung der Sozialisten mit den Kommunisten in Sachsen und Thüringen zur gemeinsamen Regierungsbildung. Gleichzeitig wurden in sehr vielen Orten Arbeitsgemeinschaften der politischen Parteien und Gewerkschaften vereinbart. So hat der Vorstoß der Reaktion wiederum das Gute gefördert, die Verständigung der politischen Parteien und Gewerkschaften der Arbeiter in die Tat umzusetzen. Möge es nicht zu spät sein!

Das Barometer steht auf Sturm! In Bayern herrscht Rahe mit dem Ausnahmezustand gegen die Arbeiter als Plahhalter der Monarchie. Das hochindustriell entwickelte Sachsen sowie Thüringen forderten vom Reich die Aufrechterhaltung des gesetzlichen Achtstundentages und die Umstellung der Reichswehr zur republikanischen Schutzmacht. Die Deutschbolschewischen stehen sprunghaft gegen die Republik und gegen die Organisationen der Arbeiterschaft. Der Ausnahmezustand durch Uebertragung der Befehlsgewalt an die Generale ist über das Reich verhängt. Im Rheinlande gewinnt die Bewegung der Separatisten durch die verfehlte Unterstützungspolitik für die Erwerbslosen selbst aus den Reihen der Arbeiter großen Nährboden. Ueber die Reichsregierung hinweg treffen die Großindustriellen im Rheinland und Ruhrgebiet Sonderabmachungen mit Frankreich und Belgien. In dieser Zeit wird auch die Reichsregierung mit dem Ermächtigungsgesetz die sie umgebenden Gefahren nicht abwehren können. Was dann? Der Demokratie folgt die Diktatur. Nicht die proletarische, sondern die Diktatur von rechts.

Die Demokratie hat Schiffbruch erlitten. Alle Regierungsmaßnahmen zur Stärkung der Staatsautorität, zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Währung wurden von den Kapitalisten sabotiert. Dadurch wurde das Volk immer tiefer in das Elend gerissen. Jeder Anstrich von rechts brachte eine starke Erschütterung des Wirtschaftslebens. Zuerst in den Schichten der Arbeiter und Angestellten, und durch den jüngsten Verfall der Währung wird auch der Mittelstand vor dem Zusammenbruch nicht verschont.

Wir stehen am Vorabend der zweiten Revolution unter den denkbar ungünstigsten Chancen für die Arbeiterschaft. Unsere Abwehrstellung ist zermürbt in den langen Bruderkämpfen. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihrer politischen Vertretung ist geschwunden infolge mannigfacher Enttäuschungen in der Besserung der wirtschaftspolitischen Vorgänge. Der Einfluß auf die werklätigen Schichten ist auf ein Minimum gesunken, und die enorme Verteuerung ermöglicht selbst nicht mehr, durch die Tageszeitungen und sonstige Lektüre bildend und aufklärend auf die Massen einzuwirken. In den Gewerkschaften hat der Verfall der Währung katastrophal gewirkt. Die Verbandszeitungen mußten in allen Organisationen stark eingeschränkt werden. Wenn aber statt der früheren wöchentlichen Ausgabe der Gewerkschaftszeitungen nur monatlich bei stark reduzierter Auflage und Umfang zu den Mitgliedern gesprochen werden kann, dann müssen auch hier zerkende Kräfte sich auslösen, die schließlich zur Zermürbung der bisher intakten Front führen. Die Gewerkschaften zeigten sich in allen Angriffssituationen gegenüber der Reaktion noch stark, und dem unüberleglichen Tatfahenmaterial konnte auch die gegnerische Seite nicht standhalten. Jetzt, wo wir jeden Tag zu gemäßigten haben, daß uns der Achtstundentag und alle sozialen Errungenschaften geraubt werden, ist uns die Möglichkeit zur Abwehr genommen.

Und dennoch: Wir bleiben, was wir waren und sind. Noch haben die Kapitalisten die deutschen Proleten nicht zu Boden gerungen. Noch sind wir frei und nicht in das Joch der Sklavenarbeit gepfercht. Wir setzen uns zur Wehr und leisten nicht einem Diktat Folge, sondern werden mit aller Kraft unsere sozialen Errungenschaften verteidigen. Wir wissen, daß dem Abbau des Achtstundentages die Aufhebung des Verbotes der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien auf dem Fuße folgt. Und diese unsere Kulturerregenschaften wollen wir kampflös preisgeben? Niemals! Darum werden wir auch in diesen finsternen Zeiten als treue Kameraden zur Fahne der Organisation stehen. Mut und Vertrauen muß in allen Köpfen der Mitglieder einziehen. Seid nicht zaghaft im Kampfe gegen die Reaktion. Die kommenden Tage können Ereignisse bringen von weltgeschichtlicher Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft. Dann siehe jeder seinen Mann!

Internationaler Kongreß der Lebensmittelarbeiter.

Obwohl der Tagungsort verlegt werden mußte, bezeichnete der 2. Internationale Kongreß der Lebensmittelarbeiter am 30. September, 1. und 2. Oktober in Brüssel einen außerordentlich starken Besuch von Vertretern der der Union angeschlossenen Verbände. Vertreten waren 52 Delegierte aus 23 angeschlossenen Landesverbänden. Die Tagung leitete der Präsident der Union, Genosse Max Wilhelm, Zürich. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden ohne Diskussion 10 Verbände, die sich seit der Züricher Tagung angemeldet haben, definitiv aufgenommen.

Gegen die Aufnahme des russischen und des bulgarischen Verbandes wie des Molkereiarbeiterverbandes in Dänemark wurde Einspruch erhoben. Dazu wurde vom Unionsvorstand beantragt, daß die Anerkennung der Unionsstatuten Vorbedingung ist. Die Statuten sollen aber vorher eine Auslegung dahingehend erfahren, daß Zellenbildungen innerhalb der Union, Bildung besonderer Zentralfstellen und die Herausgabe eigener Publikationsorgane internationalen Charakters den Ausschluß der betreffenden Organisationen nach sich zieht. In solchen Fällen soll der Ausschluß vom Vorstand vorgenommen werden. Nach sehr sachlicher Diskussion wurde in einer Eventualabstimmung dem Vorstandsantrag mit 34 Stimmen beigegeben, während 10 Stimmen für die bedingungslose Aufnahme abgegeben wurden. In der Haupt-

abstimmung vereinigte ein Antrag der holländischen Verbände, die russische Organisation nicht aufzunehmen, 20 Stimmen. Auf den Vorstandsantrag entfielen 22 Stimmen. Dieses Abstimmungsergebnis bedeutet die Aufnahme der Russen.

Bei der Debatte über den Antrag der Russen, den unitarischen Lebensmittelarbeiterverband Frankreichs aufzunehmen, erklärte sich der Kongreß durch Uebergang zur Tagesordnung damit einverstanden, daß nach den Satzungen Verbände der Moskauer Richtung nur dann aufgenommen werden, wenn in den betreffenden Ländern nur eine der A.G.Z. angeschlossene Organisation besteht. Auch wurde dem inzwischen erschienenen Vertreter dieses französischen Verbandes das Wort zur Begründung seines Anliegens nicht erteilt, jedoch als Gast zugelassen.

Der vorliegende schriftliche Tätigkeitsbericht wird genehmigt. Auf Antrag Nielsen, Kopenhagen, sichert der Kongreß den deutschen Verbänden moralische und finanzielle Hilfe zu.

Einem Referat Schiffersteins über die Aufgaben der Union, in dem er den Tendenzen entgegentrat, daß die internationale Arbeiterbewegung auf die Berufsinternationalen aufzubauen sei, die Grundlagen müßten die Landesorganisationen sein, wurde in der Diskussion beigegeben. Hierbei fordern die russischen Genossen eine größere Aktivität bei wichtigen politischen Fragen. Da noch etwa 60 Organisationen der Union fernsehen, wurde auf Vorschlag des Sekretärs eine Rundgebung beschloffen, in der diese Verbände zum Anschluß aufgefordert werden. Der Jahresbeitag wird nach den einzelnen Ländern abgestuft erhoben.

Bei der Beratung der vorliegenden Anträge und Resolutionen fehlte eine besonders lebhafte Debatte ein zu dem Vorschlag des Vorstandes zur Sicherung gegen die Zellenarbeit und die Herausgabe von Publikationsorganen durch Nebenzentralen. Von den russischen Genossen hierzu gestellte Anträge wurden abgelehnt und mit den Stimmen der Russen beschlossen, den § 2 des Statuts folgendermaßen zu ergänzen:

„Zur Erledigung der Aufgaben der Union sind einzig ihre Organe zuständig. Jede Bildung von Nebenzentralen sowie jede organisatorische Bindung einzelner Verbände zum Zweck der Bekämpfung der Union sind unzulässig.“

Die Herausgabe von Publikationen internationalen Charakters ist den angeschlossenen Organisationen unter-sagt.

Alle Publikationen, die sich auf Verbreitung von Mitteilungen beziehen, haben einzig und allein durch das von der Union herausgegebene „Mitteilungsblatt“, dessen Raum allen Verbänden zur Verfügung gestellt wird, zu erfolgen.

Sollten einzelne Organisationen Statutenverletzungen sich zuschulden kommen lassen, dann hat der Vorstand das Recht, diese Organisation aus der Union auszuschließen.

Den ausgeschlossenen Organisationen steht das Rekursrecht an den nächsten Kongreß zu.“

Eine längere Diskussion über die tschechische Frage endete mit der Auffassung der Delegierten, daß eine endgültige Lösung nur durch eine Vereinigung der bestehenden Landeszentralen herbeigeführt werden kann.

In der Frage der Errichtung von Industrieverbänden wurde beschlossen:

„Die wirtschaftliche Konzentration des Unternehmertums entwickelt sich in Formen, die in immer schnellerem Tempo zur Zusammenlegung gleicher Berufe zu großen Industrieunternehmen führt. Dieser Prozeß bedingt naturnotwendigerweise eine Kumulation von Kräften, die das Unternehmerkapital zur Bekämpfung der Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verwendet.“

Diesen neuen Formen des Kampfes kapitalistischer Kräfte erscheint es notwendig, die organische Zusammenfassung der in der Gewerkschaftsbewegung liegenden Kräfte gegenüberzustellen. Im Kampfe der Arbeiterschaft um einen höheren kulturellen Aufstieg, um Verkürzung der Arbeitszeit, um die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse können nur starke Industrieorganisationen ins Feld geführt werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erachtet es der 2. Kongreß der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter als die nächste Aufgabe, die Umgestaltung der bestehenden Organisationen von Berufs- zu Industrieverbänden.

Zur Lösung dieser Aufgabe erhält die Exekutive Auftrag, Richtlinien auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau zu Industrieverbänden ermöglichen sollen.“

Zum gesetzlichen Verbot der Nachtarbeit trat der Kongreß bei der Basler Tagung des Vorstandes gefaßten Resolution bei. (Siehe Nr. 19 der „Bäcker- und Konditoren-Zeitung“.) Weiter wurde beschlossen, an den nächsten Internationalen Gewerkschaftskongreß folgenden Antrag zu richten:

„Die Bestrebungen der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter, die auf eine vollständige Beseitigung der Nachtarbeit in den Bäckereien gerichtet sind, müssen von allen angeschlossenen Landeszentralen unterstützt werden. Die Landeszentralen sind gehalten, den Verbänden der Bäckereiarbeiter jeden Schutz angedeihen zu lassen. Sie haben weiter die Pflicht, ihren Einfluß in den Parlamenten zum Zwecke des Erlasses von Gesetzen über das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien geltend zu machen.“

